

Der Maler

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erscheint Sonnabends. Bezugspr. 3 M., u. Kreuzb. 4 M. vierteljähr. Schriftl. u. Geschäftsst.: Hamb. 36, Alster-Terrasse 10. Spfr.: 44 28 86. Postsch.: Vermögensverw. d. Verb. Hamb. 11598
16. Jahrgang **Hamburg, 10. Dezember 1932** Nummer 50

Der Weg zur Überwindung der Arbeitslosigkeit

Ergebnislosigkeit des Anrufungsprogramms der Regierung von Papen. — Forderungen der Gewerkschaften.

Der Reichswehrminister hat am 28. November Vertreter des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu sich gebeten. In der Besprechung, an der Theodor Leipart und Wilhelm Eggert teilnahmen, wurden die vordringlichsten wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Fragen erörtert. Die Vertreter der Gewerkschaften haben als die wichtigste Aufgabe die Arbeitsbeschaffung im Wege öffentlicher Arbeiten bezeichnet und außerdem erneut die Aufhebung der lohnpolitischen Bestimmungen der Notverordnung vom 5. September gefordert. Sie haben sich auch für eine unter-wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten durchgeführte Siedlung eingesetzt. Auf Wunsch des Reichswehrministers hat sodann Theodor Leipart im Namen des Bundesvorstandes am 29. November die Forderungen des ADGB. schriftlich dargelegt und begründet. Das Schreiben an den Reichswehrminister lautet:

„Sehr geehrter Herr Minister, unter Bezugnahme auf die gestrige mündliche Besprechung erlaube ich mir hiermit, Ihrem Wunsche gemäß unsere Auffassungen zu den mündlich behandelten Fragen wie folgt schriftlich mitzuteilen:

1. Die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 5. September 1932 ist außer Kraft zu setzen. Die in der Verordnung vom 4. September 1932 für Neueinstellungsprämien zur Verfügung gestellten 700 Millionen Reichsmark sind unverzüglich zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten zu verwenden.

Nach den Erhebungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sind im ganzen Reich in 943 erfassten Betrieben, die vorher 191.669 Arbeiter beschäftigten hatten, nach der Verordnung vom 5. September 42.218 Arbeitskräfte neu eingestellt worden. Diese Angaben beruhen auf der Berichterstattung von 19 Zentralverbänden. Sie sind nach unserer Überzeugung umfassend genug, um daraus folgern zu können, daß der Anreiz der Prämien-Steuer-gutscheine keinerlei nennenswerte Wirkung gehabt hat. Von unsern übrigen 11 Verbänden konnten Neueinstellungen überhaupt nicht festgestellt werden. Der größere Teil der Neueinstellungen entfällt auf die Textilindustrie (15.169) sowie auf die Metallindustrie und den Bergbau (12.638). Daß nennenswerte Fälle von Neueinstellungen der Berichterstattung unserer Verbände entgangen sein könnten, halten wir angesichts unserer weitverbreitetsten Organisation mit ihren über 13.000 Verwaltungsstellen und rund 100.000 Betriebsräten für ausgeschlossen.

Das in der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 5. September vorgesehene Recht der Unternehmer, die Löhne für die 31. bis 40. Stunde zu kürzen, hat eine große Beunruhigung in den Betrieben und zahlreiche Streiks verursacht, obwohl ein großer Teil der Unternehmer auf die Ausnutzung dieses Rechts von vornherein verzichtet hat. In der Praxis hat sich dieser Teil der Verordnung als undurchführbar erwiesen. In 399 Betrieben mit 108.869 Beschäftigten hat die Belegschaft die Lohnkürzung abwehren können. Hierbei haben in vielen Fällen die Schlichtungsinstanzen mitgewirkt und den Arbeitern recht gegeben. Arbeitseinstellungen fanden in 81 Betrieben statt. Immerhin sind in 544 Betrieben mit 125.018 Beschäftigten die vorher schon wiederholt gekürzten Löhne nochmals reduziert worden.

2. Die Verkürzung der Arbeitswoche auf 40 Stunden muß unverzüglich als gesetzliche Maßnahme durchgeführt werden.

Die Verordnung vom 5. September sollte bei den Arbeitgebern einen Anreiz für die Verkürzung der Arbeitswoche auf 40 Stunden schaffen. Die Berichterstattung unserer Verbände zeigt, daß auch in dieser Hinsicht das System des Anreizes vollständig versagt hat. In den Betrieben, die von der Verordnung Gebrauch gemacht haben,

in Fällen für Beschäftigte		
blieb die Arbeitszeit unverändert . . .	528	129 811
wurde die Arbeitszeit verlängert . . .	250	58 117
wurde die Arbeitszeit verkürzt . . .	165	45 959
Verlängerte Arbeitszeit und Ueberstunden über 40		

Wochenarbeitsstunden hinaus können angesichts der Massenarbeitslosigkeit nicht länger gebildet werden.

3. Das System der Steuergutscheine ist dahin umzugestalten, daß entsprechende Steuer-gutscheine als Grundlage für die Finanzierung öffentlicher Arbeiten verwendet werden können.

Die bisherige Auswirkung des Systems der Steuergutscheine läßt zwei Tatsachen unstreitig erkennen: Es hat sich insofern bewährt, als es bewiesen hat, daß eine öffentliche Kreditbeschaffung in gewissen Grenzen möglich und mit keiner Inflationsgefahr verbunden ist; es hat insofern versagt, als es eine fühlbare Erweiterung der Produktion und Verringerung der Arbeitslosigkeit nicht erzielt hat. Der größte Teil der jetzigen Steuergutscheine verbleibt in Kapital-nach in Kaufkraft, während ihre Verwendung zur öffentlichen Arbeitsbeschaffung im Sinne der Vorschläge des Vorl. Reichswirtschaftsrats vom 12. März 1932 durch die Gemeinden und andere öffentliche Körperschaften eine wirksame Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit voraussetzen läßt. Mit ihrer Hilfe kann auch die in letzter Zeit in den Hintergrund gebrachte Siedlungstätigkeit wieder stärker gefördert werden.

Diese von uns angeregten Maßnahmen würden etwa 1 1/2 Milliarden Mark ohne geringste Inflationsgefahr für die vom ganzen Volke erkante Arbeitsbeschaffung freimachen und die Wiederbeschäftigung von einer Million Arbeitsloser unverzüglich ermöglichen. Damit wäre immerhin ein sichtbarer Anfang einer ernsthaften Arbeitsbeschaffung gemacht.

4. Die durch die früheren Verordnungen herbeigeführten Verschlechterungen der Sozialleistungen müssen im Rahmen der Möglichkeit rückgängig gemacht werden; die Versorgung der Arbeitslosen muß namentlich in dem bevorstehenden Winter ausreichend verbessert werden; jeder weitere Angriff auf die Löhne und die Rechte der Arbeiter muß unbedingt unterbleiben; die Anhängbarkeit der Tarifverträge, die durch die Verordnung vom 5. September aufgehoben war, muß für die Zukunft unangetastet bleiben.

Neue Möglichkeiten zur Werbearbeit

Die ungeheure, bisher noch nie erlebte Arbeitslosigkeit unserer Kollegen in den letzten Jahren, vor allem aber 1931 und noch mehr 1932, hat die Werbemöglichkeiten für unsere Organisation in einem noch nie gekannten Umfange eingeschränkt. Tatsächlich ist auch die Zahl der Aufnahmen in den letzten Vierteljahren gegenüber jener in der Zeit mit einer besseren Konjunktur, z. B. 1928/29, stark zurückgegangen. Da selbst bei ansteigender Konjunktur keinesfalls mit einem starken, noch weniger völligen Rückgang der Arbeitslosigkeit in unserm Gewerbe gerechnet werden kann, mußten Wege gesucht werden, um den Funktionären auch in Zeiten, in denen ein großer Prozentsatz der Kollegen arbeitslos ist, Chancen für ihre Werbearbeit zu geben. Dies ist nun durch den Beschluß des Beirats, der besagt, daß erwerbslose Kollegen ohne Eintrittsgeld aufgenommen werden können und sie während der Zeit ihrer Arbeitslosigkeit nur 10 % wöchentlich an Beitrag zu entrichten haben, verwirklicht worden. Das Feld für die Werbearbeit ist noch sehr groß; jetzt kommt es darauf an, die neuen Wege zur Agitation planmäßig und mit vollem Ernst zu beschreiten. Die Filialverwaltungen müssen so fort daran gehen, alle erforderlichen Vorbereitungen zu treffen, um im neuen Jahre in eine umfassende Werbearbeit eintreten zu können. Was ist dazu vor allem notwendig? Nachdem die Werbearbeit eigentlich in einer Organisation niemals ganz brachliegen soll, können wir uns hier auf Andeutungen beschränken.

Vor allem müssen die Kollegen der Organisation zugeführt werden, die auch jetzt noch in Arbeit stehen. Nach unseren statistischen Feststellungen gibt es selbst unter diesen noch einige Tausend zu organisieren. Sie müssen nun bearbeitet werden, vor allem im Betrieb, wenn sie dort allein arbeiten oder niemand von den sonstigen Beschäftigten organisiert ist, in der Wohnung. Es darf nicht locker gelassen werden, bis auch der letzte zur Zeit im Beruf arbeitende Kol-

lege unserem Verbands als Mitglied zugeführt ist.

Schwieriger ist zweifellos an jene Kollegen heranzukommen, die arbeitslos sind. Hierzu gibt es im wesentlichen nur zwei Wege: das Bearbeiten auf der Stempelstelle bzw. beim Wohlfahrtsamt und das Ausschuchen in der Wohnung. Bisher, das soll gern zugegeben werden, konnten unsere Werber wenig ausrichten, weil die Indifferenten mit Recht darauf hinweisen konnten, daß ihnen das Zahlen des Eintrittsgeldes in der Höhe eines Wochenbeitrages nicht möglich sei. Unverkennbar entsprach diese Angabe in vielen Fällen den tatsächlichen Verhältnissen, so daß schon aus diesem Grunde von der Aufnahme solcher Kollegen abgesehen werden mußte. Jetzt fällt dieser Einwand fort, weil erwerbslose Kollegen ohne Eintrittsgeld aufgenommen werden können. Man kann diese Kollegen aber auch darauf hinweisen, daß ihre Mitgliedschaft materiell für sie vorteilhaft ist. Wer nämlich jetzt als arbeitsloser Mitglied unseres Verbandes wird und wöchentlich seinen 10-%-Beitrag entrichtet, erhält nach dem Ableben von 26 Marken Anrecht auf Unterstützung durch den Verband bei der Verfestigung seiner sozialgesetzlichen Belange. Wer will den Wert dieser Maßnahmen bestreiten, nachdem besonders die Erwerbslosen des öfteren Differenzen mit den zuständigen Stellen über die Höhe ihrer Mtu, Kru oder Wolu haben. Wie die Verbandsfunktionäre schon bisher vielfach Gelegenheit hatten, die Interessen ihrer Kollegen vor den Arbeitsgerichten, Landes-arbeitsgerichten, Orts- und Landestarifämtern und den Spruchauschüssen für Sozialversicherung zu vertreten, und wie von uns schon wiederholt durch Zahlen belegt werden konnte, auch Erfolge buchen konnten — es handelt sich dabei um einen jährlichen Betrag von etwa 100.000 M —, so werden sie auch künftig die Interessen der neu in die Organisation eingetretenen Mitglieder nach besten Kräften wahrnehmen.

Auch wer keine Möglichkeit haben wird, die Vertretung seiner Interessen durch Funktionäre der Organisation in Anspruch zu nehmen, hat mancherlei Vorteile

durch seine Verbandsmitgliedschaft. So erhält er laufend die Verbandszeitung „Der Maler“, aus der er sich über alle wichtigen gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialpolitischen, gewerblichen und fachlichen, teils auch politischen Fragen orientieren kann. Jeder Kollege weiß, daß eine Nummer einer Tageszeitung auch nicht unter 10 % zu haben ist, oftmals sogar noch mehr kostet, trotzdem sie sich an alle Bevölkerungskreise wendet, und deshalb denen, die auf Behandlung einiger ganz bestimmter Fragenkomplexe Gewicht legen, oft sehr wenig bietet. Selbstverständlich kann der Kollege an allen Veranstaltungen des Verbandes teilnehmen und sich so laufend über die Verhältnisse im Gewerbe und in der Gesamtwirtschaft aufs beste orientieren. Er hat dadurch wieder die innige Verbindung mit seinen Berufskollegen, die ihm über manche Schwierigkeiten leichter hinweghelfen und ihn wieder aufrichten wird. In der Organisation ist er auch als Arbeitsloser der gleichberechtigte Kollege, der an der weiteren Stärkung des Verbandes und dessen Gesamtwohl mitwirken soll. Es ist kein Zweifel, daß viele arbeitslose Kollegen, die heute unserer Organisation fernstehen, dies nur deshalb tun, weil es ihnen finanziell mehr als schlecht geht. Sie haben wohl das Bedürfnis zum Zusammenschluß mit ihren Berufskollegen, mußten aber bisher aus finanziellen Gründen davon absehen, sich zu organisieren.

Jetzt ist die Bahn frei, sie können für 10 % wöchentlichen Beitrag Mitglied der Organisation werden. Die Aufgabe aller Verbandsfunktionäre ergibt sich daraus von selbst. Es gilt, alle erwerbslosen Kollegen auf die Möglichkeit ihrer Mitgliedschaft im Verbands hinzuweisen und sie von deren Vorteil zu überzeugen. In der heutigen Zeit, in der der Kollektivismus immer mehr an Boden gewinnt, darf es keinen Arbeiter, auch keinen Kollegen mehr geben, der nicht seiner Berufsorganisation angehört. Darum muß die geschaffenen Möglichkeiten der Werbung unter den Erwerbslosen nach Kräften aus, werbt unermüdet Mitglieder für die Organisation.

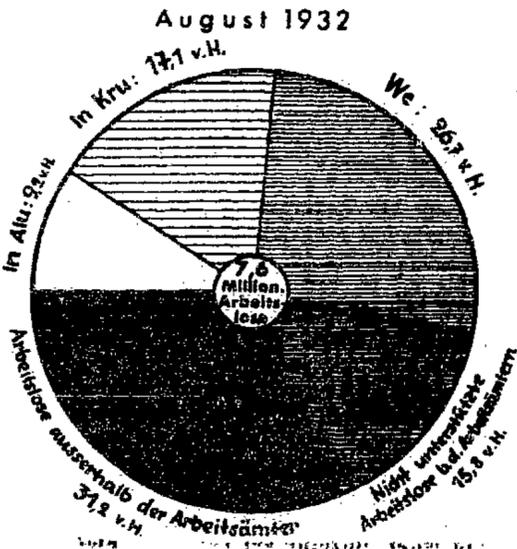
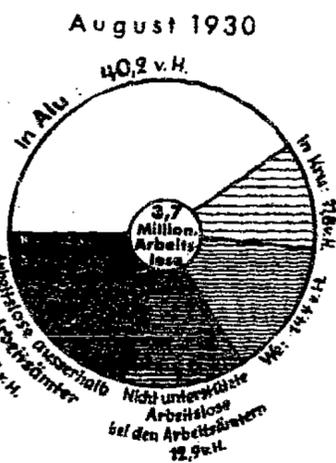
Schicksal der Arbeitslosen während der Krise

Hand in Hand mit dem Wachstum der Arbeitslosigkeit verschlechterte sich in den letzten Jahren die Lage der Opfer der Krise. Die Sozialreaktion hat nicht nur die Unterstützungssätze, sondern auch die Dauer der Unterstützung der Arbeitslosen gekürzt. Das System der Versicherung gegen die Erwerbslosigkeit, das beste Stück der deutschen Sozialpolitik, hat sich allmählich in eine kümmerliche Wohlfahrtspflege verwandelt.

Ende August d. J. zählten die Arbeitsämter rund 5,2 Millionen Arbeitslose. Davon waren weniger als 700 000 von der Arbeitslosenversicherung unterstützt, weitere 1,3 Millionen bezogen die Unterstützung bei der Krisenfürsorge. Von den übrigen 3,2 Millionen wurden 2 Millionen als Wohlfahrtsverwehrlöse von den Gemeinden betreut, während 1,2 Millionen ohne jede öffentliche Unterstützung ihrem Schicksal überlassen blieben. In Wirklichkeit war die Zahl der nicht unterstützten Arbeitslosen noch höher: Dieser Gruppe sind nämlich noch diejenigen Erwerbslosen zu rechnen, die in den Listen der Arbeitsämter nicht geführt werden. Das Heer dieser unsichtbaren Arbeitslosen war Ende August auf etwa 2,3 bis 2,4 Millionen Köpfe zu schätzen.

Die Gliederung der Arbeitslosen am jeweiligen Stichtag ergeben die Zeichnungen. Der Vergleich der Schichtung des Arbeitslosenheeres nach der Art der Unterstützung gegenwärtig und vor zwei Jahren gibt eine eindeutige Antwort auf die Frage, ob die deutschen Arbeiter vor der Entfaltung der Reaktion soziale Errungenschaften besaßen.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist zurückgegangen, weil die Unterstützungsdauer durch die Notverordnungen gekürzt wurde, während die Dauer der Arbeitslosigkeit infolge der Krise angewachsen ist. Aber die aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuerten Arbeitslosen blieben nicht lange bei der Krisenfürsorge, sie wurden weiter nach unten, zu den Wohlfahrtsämtern, befördert. Im August 1930 zählten die Alu und Kru zusammen Unterstützungen an 52 % der Gesamtzahl der Arbeitslosen, im August 1932 leisteten sie unmittelbar Hilfe nur noch an 26,3 %.



Unheimlich ist das Wachstum der Zahl der Wohlfahrtsverwehrlöse: Eine halbe Million im Sommer 1930, zwei Millionen im August d. J. Zugleich hat sich die Zahl der Nichtunterstützten beinahe verdreifacht. Sie ist von rund 1,3 Millionen auf 3,6 Millionen angewachsen.

Aber auch die Lage der Arbeitslosen in jeder dieser fünf Gruppen ist in den letzten Jahren nicht unverändert geblieben. Der Kürzung der Unterstützungssätze in den einzelnen Lohnklassen gestellte sich der Abstieg der meisten Arbeitnehmer von den oberen Lohnklassen in die unteren als zwangsläufige Folge des Lohnabbaues hinzu.

Die Wohlfahrtsverwehrlösen bildeten bisher die Schicht mit den niedrigsten Unterstützungen. Die jüngsten Notverordnungen haben auch in dieser Hinsicht eine neue Lage geschaffen: In diesem Winter werden die Hauptunterstützungsempfänger in der Kru und etwa 70 % der Arbeitslosen in der Alu im besten Falle auf dieselbe Weise behandelt wie die Wohlfahrtsverwehrlösen!

Ein großer Teil der Arbeitslosen bekommt aber überhaupt keine öffentliche Unterstützung. Die Arbeitsämter zählten Ende August 1 202 000 nichtunterstützte Arbeitslose; wir haben uns aber überzeugen können, daß es neben ihnen noch etwa 2,3 bis 2,4 Millionen unsichtbare Arbeitslose gibt. Ueber die Lebensbedingungen und

Existenzquellen dieser Menschen wird keine Statistik geführt.

Der Gesamtzahl der „nichtunterstützten“ Arbeitslosen bei den Arbeitsämtern und außerhalb der letzteren (rund 3,6 Millionen) sind abzugiehen:

die wegen Wartezeit bzw. Sperrfrist Nichtunterstützten	200 000
die bei den Arbeitsämtern nicht gezählten Wohlfahrtsverwehrlösen	200 000
die ewige unsichtbare Arbeitslosigkeit	400 000—500 000
Insgesamt	800 000—900 000

Es bleiben immer noch 2,7 bis 2,8 Millionen Menschen übrig. Wovon leben sie?

Die meisten unter ihnen werden zweifellos von ihren Familienangehörigen unterstützt. Die Berufszählung vom Jahre 1925 hat gezeigt, daß die Zahl der Arbeitnehmer Haushaltungen in Deutschland viel kleiner ist als die Zahl der Arbeitnehmer. In den meisten Arbeitnehmerhaushaltungen gibt es neben dem Familienvorstand wenigstens noch ein mitverdienendes Familienglied. Unter den 19,3 Millionen von der Zählung registrierten Arbeitnehmern gab es nicht weniger als 7,5 Millionen solcher, die im Familienhaushalt ihrer Eltern, Geschwister oder des Ehemannes lebten. Seither ist der Prozentsatz der mitverdienenden Arbeitnehmer zurückgegangen. Aber rund 30 % der Arbeitslosen, d. h. etwa 2,3 Millionen, können noch immer in der Familie den Rückhalt finden.

Nach dieser Berechnung sollten „nur“ etwa 400 000 bis 500 000 Arbeitslose ohne jede Unterstützung und Hilfe dem Hunger und Untergang ausgeliefert sein.

Allerdings darf man nicht glauben, daß die nicht-unterstützten Arbeitslosen von der Last und die unterstützten von den ihnen erteilten kümmerlichen Almosen leben können. Eine wichtige Quelle ihrer Existenz bildet allerlei gelegentliche Arbeit, die von keiner Statistik registriert wird. Ob man sie „Selbsthilfe der Arbeitslosen“ oder „Schwarzarbeit“ nennt, ist schließlich gleich. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß in einem Lande, wo 7,5 bis 8 Millionen Menschen aus dem regelrechten Arbeitsprozeß gedrängt sind und im besten Falle nur eine spärliche Unterstützung von der öffentlichen Hand erhalten, neben der offiziellen Volkswirtschaft sich ein neuer Sektor der Arbeit und Wirtschaft bilden muß: kümmerliche Selbstversorgung durch die Laubenwirtschaft, gelegentliche Reparaturen, Arbeitsdienste bei den Nachbarn, Hausierhandel u. a. m., sind lediglich Veräußerungen der neuen Sachlage. Millionen Menschen versuchen, sich in der Not zu helfen, sie tragen keine Verantwortung dafür, daß ihre Arbeit zur weiteren Desorganisation des Arbeitsmarktes führt.

* Hier sind nicht berücksichtigt die Ueberflüsse der Alu, die zur Finanzierung der Wohlfahrtspflege mit herangezogen werden.

Um die Seele des Arbeiters

Eine der gefährlichsten Bewegungen und Organe im Kampf um die Seele des Arbeiters hat sich der Großkapitalismus in dem Dinta (Deutsches Institut für technische Arbeiterschulung) geschaffen. Kürzlich fand die diesjährige Mitgliederversammlung der Gesellschaft der Freunde des Dinta e. V. in Düsseldorf statt. Aus diesem Anlaß wurde von der Pressestelle des Dinta ein Artikel verfaßt, der in schleimigen und schwülstigen Worten die Bedeutung des Dinta hervorhebt. Es wird darauf verwiesen, daß der schaffende Mensch das wertvollste Gut der Volkswirtschaft ist. Dieses wertvollste Gut sei sorgsam zu pflegen und praktisch wirkungsvoll anzufassen. Solche Worte klingen in einer Zeit jahrelanger Massenarbeitslosigkeit geradezu wie ein Hohn. Gerade die Freunde des Dinta haben vor Massenentlassungen niemals zurückgeschreckt. Wo das Dinta herrschte, war die Arbeitslosigkeit am größten. Trotzdem spricht man von Arbeits-, Staats- und Schicksalsgemeinschaften oder gefällt sich in ähnlichen Phrasen.

Die diesjährige Mitgliederversammlung der Gesellschaft der Freunde des Dinta war stark durchfetzt von der jüngeren Generation der Betriebsingenieure, Werkpädagogen und des Fach- und Handwerkschulwesens. Das sind diejenigen Personen, die durch das Dinta eine Führerstellung im Betrieb erhalten wollen; die Posten-jäger, die sich in den Schoß jeder Bewegung hängen. Nach Männern mit der schwierigen Faust hat man sich vergeblich umgesehen. Rein Wunder auch, fiel doch die Tagung mit dem Deutschen Eisenblütentag 1932 zusammen. Der Verein Deutscher Eisenhüttenleute ist der Bräutigam des Dinta. Der Vorsitzende, Generaldirektor Dr. Vogler, hob in seiner Eröffnungstede hervor, daß das Dinta erfolgreich bemüht gewesen sei, die Seele des jungen Menschen einzufangen, ihm beizubringen, in der Arbeit nicht nur die Fron, sondern den Segen zu sehen, und so die Freude an ihr als den besten Teil des Lebens zu empfinden. Man hatte sich zwei Persönlichkeiten verschrieben, Hans Grimm und Leopold Sieglar. Der erste sprach über das Thema vom „Deutschen Kampf um die Persönlichkeit“. Der zweite verlor sich in philosophischen Betrachtungen über das Thema: „Nationale Wirtschaft“. Ein näheres Eingehen auf diese beiden im Dinta-Sinne gehaltenen Vorträge erscheint nicht notwendig. Dagegen interessiert uns der Bericht des Dinta-Organisators Dr.-Ing. Arnold über die Dinta-Arbeit des verflorenen Jahres. Man erfährt daraus, daß in Deutschland und Oesterreich vom Dinta im Laufe der Jahre 150 Lehr- und Uebersetzungsstellen sowie Werkstätten errichtet sind. Diese Ausbildungs- und Erziehungsarbeit habe durch Einführung der Vorlehre bzw. Nachlehre vielfach eine nicht geringe Ausweitung erfahren. Das Dinta habe sich die „Deutsche Rationalisierung“ zur zweiten Aufgabe gesetzt und hier in einer großen Anzahl von Werken der Textilindustrie, der Gummiindustrie und der Zigarrenherstellung Pionierarbeit geleistet. Man erfährt leider nicht, was dies für eine Pionierarbeit gewesen ist. Richtig ist jedenfalls, daß in den Betrieben, wo das Dinta Eingang gefunden hat, die Rationalisierung rücksichtslos durchgeführt wurde. Sehr aufschlußreich war die Mitteilung, daß das Dinta sich mit Erfolg in den Freiwilligen Arbeitsdienst einzuschalten wußte. Die zu diesem Zweck geschaffene Nebenorganisation „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitsdienst und Siedlung“ hat bereits verschiedene Arbeitslager in Betrieb, die nach den Ideen des Dinta geführt werden und eingerichtet sind. Die Dinta-Leute sind Anhänger der Arbeitsdienstpflicht. In diesem Sinne werden sie auch zu wirken beabsichtigen.

Es gibt mancherlei Versuche, die Seele des jungen Arbeiters einzufangen. Man ist bestrebt, die Hand- und Kopfarbeiter loszulösen von der großen Schicksalsgemeinschaft, die sie in ihrer Gesamtheit bilden. Wie die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, sind diese Bemühungen nicht ohne Erfolg gewesen. Das Dinta ist eine der gefährlichsten Organisationen auf diesem Gebiet. Mit Ruhe und Beharrlichkeit müssen wir fortfahren, die Köpfe der Arbeiter aufzuklären und sie

Gewerkschaftskampf und Familienleben

Das Familienleben befindet sich in einem großen Wandlungsprozeß. In vielen Fällen hat die Wandlung allerdings leider den Untergang der Familie gebracht. Auch im arbeitenden Volke. Die Nöte haben den Frieden der Familie zerstört. Arbeitslosigkeit nahm dem Familiengebanten den Halt. In ewiger Unzufriedenheit leben Mann und Frau heute so oft nebeneinander. Und Kinder haben kein Heim, in dem auch ihre Seele gedeihen kann. Die Familie hat, wie jede Kulturercheinung, den gefunden sozialen Boden nötig, und der Gewerkschaftskampf um die Existenz ist darum mehr als der Kampf für das Brot.

Aber nicht nur in seinen wirtschaftlichen Erfolgen bedeutet der Gewerkschaftskampf der Familie die Befreiung. Der gewerkschaftliche Gedanke kann der Familie auch neuen Inhalt geben, neues Leben, neue Verbundenheit. Heute schon. Und wir müssen die kulturellen Beziehungen zwischen Gewerkschaftskampf und Familie erkennen.

Einmal vollzog sich das Familienleben neben dem übrigen Leben. Das Familienleben nahm am großen Geschehen keinen Anteil. Die Jugend war zur völligen Bedeutungslosigkeit verurteilt. Die Frau hatte kein politisches Recht. Im Wirtschaftsleben spielte sie keine Rolle. Der Mann war kalt etwas, und auch der nur wenig. Was war da in der Familie von Aufgaben, die das Leben gab, viel zu sprechen? Der geistige Horizont des Familienlebens war eng.

Grundständig hat sich das große Zusammenleben zwischen Mann und Frau verändert. Der Mann ist im demokratischen Staat persönlicher Schöpfer seines Rechts. Die Frau hat das gleiche Recht im politischen Leben. Auch die Frau ist heute so oft, selbst im Berufsleben lebend, am eigenen Leibe, was heute Arbeit heißt. Die Wirtschaftsnöte zerstören keine Familie. Und auch die Jugend steht

mitten im Leben und mitten im Kampf. Da kann es einfach nicht sein, daß die Familie, aus solchen Menschen gebildet, gleichgültig neben dem Leben draußen steht.

Familien, die diese Verbindung mit den sozialen Aufgaben dieser Zeit verkennen, tragen darum noch den Geist einer alten Zeit in sich. Der moderne Mensch sieht die Familie mit anderen Augen. Und so manches Familienleben ist heute darum nur inhaltlos und unbefriedigend, weil ihm die Verbindung mit der Aufgabe fehlt, die uns allen zu lösen gegeben. Aber da ist es auch der Gewerkschaftsgedanke, der in diese neue geistige Welt der Familie gehört.

In der Gewerkschaftsbewegung liegt es nicht, wenn der Gewerkschaftsgedanke noch nicht überall in die Familie eingedrungen ist. So ist sich die Gewerkschaftspresse dieser Beziehung zwischen Bewegung und Familie bewußt und auch „Der Maler“ will heute nicht nur Kampfforgan, sondern auch Familienblatt sein.

Aber so manche Gewerkschafter machen hier nicht mit. Ihnen ist die Frau noch nicht Kameradin. Die Frau ist ihnen, genau wie es früher gewesen ist, nur die Haushaltshelferin und die Mutter der Kinder. Aber sie soll auch die Klassengenossin sein! Sie sollte eigentlich die treueste Kameradin des Mannes sein. Und das Heim sollte eigentlich sein die Stätte der Ruhe vom Kampf, doch der Ruhe zu neuem Kampf. Die Stätte des Friedens, in der der kämpferische Glaube täglich neu ersteht.

Doch solche Familie verlangt die Gesinnungsgemeinschaft von Mann und Frau und Jugend. Der Verband ist nicht nur dieses zahlenmäßige Gefüge, das nach außen kämpfend, während in die Erscheinung tritt. Die Solidarität, die Treue, die Opferbereitschaft, all diese seelischen Werte des Gewerkschaftskampfes werden nicht nur im großen sozialen Ringen selber. Sie haben auch jene letzten Kräfte der Tiefe nötig, wie sie nur die Urzelle des Lebens, das Heim, die Familie, bieten kann.

Der moderne Mensch ist geistig viel zu sehr in die Welt hinausgewachsen, als daß er ohne ein Erleben der Welt in seiner Familie das Glück finden kann. Und darum darf ein schaffender Mensch seiner Familie niemals seine Welt vorenthalten, diese Welt des Ringens und des Glaubens, diese Gestaltungsaufgabe an der Gerechtigkeit.

Und darum, zu diesem Zweck, gehört dein Gewerkschaftsblatt auf deinen Familientisch! Gib deiner Frau, deinem Jungen, deiner Tochter das Blatt in die Hand! Laß sie vielleicht zunächst einmal eine bestimmte Arbeit in deiner Zeitung lesen. Eine Arbeit, von der du annimmst, daß sie gefällt. Das Blatt bringt auch manches, das eine Frauenseele warm machen kann. Aus der Familie strömen sittliche Kräfte, starke Werte in den Gewerkschaftskampf. Seine seelischen Wurzeln werden immer feiner.

Und so trägt die Familie dazu bei, aus der tiefsten Tiefe seines Wesens heraus jeden zum gewerkschaftlichen Menschen zu wandeln, der mehr und mehr einfach nicht anders fühlen kann als gewerkschaftlich. Dr. G. S.

Die Verweilung

Als Gustav Mahler noch Theaterkapellmeister in Leipzig war, betrat er eines Tages, tief in Gedanken versunken, das Bühnengebäude mit brennender Zigarre. Zu seinem Pech mußte er gerade dem neuen Oberfeuerwehrmann in die Arme laufen.

„Seh! Här'n Se mal!“ rief ihm dieser in strengstem Gaffesächsisch an. „Das wärd gemeld't! Wer sein Se denne?“

„I bin der Mahler!“ hauchte ihn der Tongewaltige an und wandte sich zum Gehen.

Aber der brave Beamte faßte ihn am Rockärmel: „Gomm Se ma' mit! Ob Se nu der Mahler ober der Gagierer sein, gemeld't wär'n Se doch!“

immun zu machen, vor den gefährlichen Giftgasen, mit denen man sie zu vernebeln sucht. Unsere Aufgabe liegt in der unablässigen Aufklärung, daß den Arbeiter aus der rauhen Welt der Gegenwart weder Propheten des Dritten Reichs noch Organisatoren einer neuzeitlichen Selbstbewegung herauszuführen vermögen.

Wichtig für die Jugend

Fahrpreisermäßigung für 1933/34.

Am 22. August 1932 richtete die Reichsbahndirektion Berlin an den Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände ein Schreiben, in dem unter anderem gesagt wird: „Die nach den Tarifbestimmungen über die fünfprozentigen Fahrpreisermäßigung für Jugendfahrten ausgestellten Bescheinigungen auf weißen Karten über die behörbliche Anerkennung verlieren mit Ablauf des Jahres 1932 ihre Gültigkeit. Für die beiden folgenden Jahre 1933/34 wird bei Gewährung der Fahrpreisermäßigung die Bescheinigung auf hellblauer Karte verlangt, wie dies auch nach der Anmerkung auf dem Vordruck der Bescheinigung vorgelesen ist.“

Wir bitten, hiervon die Jugendpflegevereine zu verständigen, damit sie sich rechtzeitig um die neue Bescheinigung bemühen. Andernfalls können sie zu Beginn des neuen Jahres die Fahrpreisermäßigung nicht in Anspruch nehmen.

Ferner ist zu beachten, daß der veraltete, aus der Zeit vor dem 1. Oktober 1928 stammende Antragsdruck nicht mehr verwendet wird.

Mit dem Antrag muß neben der Bescheinigung über die behörbliche Anerkennung der Führerausweis vorgelegt werden. Dieser Ausweis mit Lichtbild ist vom Vereinsträger unter Beglaubigung durch die Gemeinde-(Orts-)polizei-Behörde auszustellen und hat ohne Zeitbeschränkung Gültigkeit. Die alten, vor dem 1. April 1930 noch von der Anerkennungsbehörde (Regierungspräsidenten usw.) ausgestellten Führerausweise werden bis zum 31. Dezember 1932 ebenfalls noch anerkannt, sind aber alsdann nicht mehr gültig und müssen durch den neuen Führerausweis ersetzt werden. Dr. Schayßen.

Wir bitten, die Jugend, vor allem die Jugendleiter, auf diese Notiz aufmerksam zu machen.

Gegen die zu große Preisspanne

Die Arbeiterschaft klagt über hohe Lebensmittelpreise. Und mit Recht, denn ihr Einkommen ist so gering, daß ihr die Preise als hoch erscheinen müssen. Trotzdem wird jeder, der die tatsächlichen Verhältnisse kennt, zugeben, daß der Landwirt für seine erzeugten Produkte, an den Preisen für Industrieerzeugnisse gemessen, nur einen bescheidenen Preis erhält. Auf die für dieses Mißverhältnis in Frage kommenden Gründe wurde schon oft hingewiesen. Es ist besonders die große Spanne zwischen dem Preis, den der Erzeuger erhält und den der letzte Verbraucher zu zahlen hat. Hier muß eine Gesundung der Verhältnisse eintreten.

„Wer das „Wie“ läßt, stirbt“, das haben sich verständige Kreise schon früher auf die Möglichkeit, die Landwirte in Genossenschaften zusammenzufassen, die dann in direkte Beziehungen zu den städtischen Genossenschaften treten könnten, hingewiesen. So könnte der Zwischenhandelsgewinn ausgeschaltet bzw. sehr eingeschränkt werden, so daß der Landwirt höhere Preise bekäme, der Verbraucher aber niedrigere Preise als zur Zeit zu zahlen hätte.

Interessant ist nun, daß ein Vorstandsmitglied der IG-Farbenindustrie, Geheimrat B o s c h, wenn auch aus anderen Beweggründen heraus, zu den gleichen Ergebnissen kommt. Er weist darauf hin, daß der produzierende deutsche Landwirt von jeder Mark, die der Verbraucher ausgibt, nur 50 % erhält. In Holland, Dänemark und in den Vereinigten Staaten sei das Verhältnis für die Landwirte ein besseres. Sie erhalten dort, nach seinen Angaben, 10 bis 15 % mehr vom Verkaufspreis. — Diese Angaben sind allerdings noch sehr unstritten. — Da eine Kontingentierung der Einfuhr von Lebensmitteln nicht angängig sei, Preiserhöhungen der landwirtschaftlichen Produkte aber auch nicht in Frage kommen könnten, sei der Landwirte in erster Linie nur durch o r g a n i s a t o r i s c h e n A u s b a u zu helfen.

Es zeigt sich also wieder einmal, daß sozialistische Gedankengänge allmählich selbst dort Eingang finden, wo man im allgemeinen uneingeschränkt an der kapitalistischen Produktionsweise festhält.

Aufflärende berufliche Vorträge

Der am Mittwoch, 23. November dieses Jahres, stattgefundene Sprechabend in der hiesigen Stadthalle, veranstaltet von dem F a c h a u s s c h u ß für A n s t r i c h t e c h n i k, bot für den Fachmann außerordentlich viel des Wissenswerten und Interessanten. Herr Oberbaurat R ö n i g referierte über den Eisenbahnfahrzeugbau. Er führte aus, daß Schädigungen der Anstriche nur dann abgestellt werden könnten, wenn ihre Ursachen rechtzeitig und richtig erkannt würden. Ganz besondere Prüfungsobjekte seien die Eisenbahnwaggons, die in besonders hohem Maße Strapazen ausgesetzt seien. Die Anstrichfrage sei heute eine vor allem wirtschaftliche Angelegenheit. Während z. B. früher die Fahrzeuge nach 15 bis 20 Jahren Gebrauch einen oft noch guten Zustand aufzuweisen hatten, sei dieses heute nicht mehr der Fall. Die Frage der Haltbarkeit sei deshalb von ganz besonderer wirtschaftlicher Bedeutung, da es durchaus nicht gleichgültig sei bei einem durchschnittlichen Wagenpark von 65 000 Personenwagen, 650 000 Güterwagen und 23 000 Lokomotiven und Triebwagen, wie ihn die deutsche Reichsbahn besitze, alle 15 bis 20 oder alle 5 bis 6 Jahre eine völlig neue Instandsetzung, die pro Wagen etwa 5400 M. koste oder eine Zwischenbehandlung, die etwa 3000 M. koste, vorzunehmen.

An Hand von ausschlüssreichem Bildmaterial zeigte dann der Referent die mannigfaltigen Fehler der verschiedensten Anstricharten, indem er auch zugleich die Ursachen der Fehler bekanntgab.

Der zweite Referent des Abends, Herr Dr.-Ing. U r i a n, der seinen Vortrag gleichfalls mit zahlreichen Bildern und einem Film belebte, zeigte zunächst, wie es

der Ingenieur schon bei der Konstruktion des Objekts in der Hand hat, durch die richtige Anordnung von Winkeln, Verbindungsstellen usw. schwer erreichbare und unnötige Ecken zu vermeiden.

Im Lichtbilde führte dann der Referent eine ganze Anzahl der neuesten Sprigapparate und ihre sachgemäße und vielseitige Anwendung vor, desgleichen die verschiedensten Schutzkleidungen, deren Anwendung, wie er besonders betonte, leider nicht immer in dem erforderlichen Ausmaße erfolge.

Gleich dem ersten Redner zeigte auch er eine ganze Anzahl fehlerhafter Anstriche, deren Ursachen er gleichfalls zu erklären suchte.

Mit besonderer Benützung konnten wir feststellen, daß auch unser Fachblatt, besonders von dem letzten Redner, die gebührende Beachtung fand und als auf hohem künstlerischen Niveau stehend bezeichnet wurde.

Alles in allem kann betont werden, daß die Referate beider Redner von außerordentlichem wissenschaftlichen Wert waren und mit großer Sachkenntnis vorgetragen wurden. Maria.

Das Ornament

„Der Maler“ Nr. 44 vom 29. Oktober brachte einen Aufsatz, „Das neuzeitliche Ornament“, in dem zum Schluß zu einem Gedankenaustausch angeregt wurde. Nachstehende Zeilen sollen dazu ein Beitrag sein.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß in manchen Zeiten mit dem Anbringen von Ornamenten und Zieraten gesündigt worden ist, denn Ornament ist nicht an jeder Decke, Wand oder sonstigen Fläche und in jedem Raum angebracht. Schuld an der übermäßigen Anwendung von Malereien trugen m. E. mit die Lehrer an den damaligen

Auch du mußt kämpfen!

Auch du trägst die schweren Ketten der Fron.
Auch du kennst den Hunger, die Not.
Auch dir reicht der kärgliche Wochenlohn
Sehr oft kaum zum trockenen Brot.

Auch du bist ein Mensch, den das Kapital
Um die Früchte der Arbeit bringt.
Auch deine Tage sind elend und schal
Und von keiner Freude beschwingt.

Auch du suchst wie wir der Ausbeuterbrut
Und sehnst dich nach Freiheit und Recht. —
Aber zum Kämpfen — da fehlt dir der Mut,
Du glaubst, das bekäme dir schlecht.

Ich aber sage: ein elender Wicht,
Wer heute noch feige sich drückt
Von einem Kampf, der uns heilige Pflicht,
Und der uns g e m e i n s a m nur glückt.

Ein jeder einzelne sei sich doch klar,
Woher der Wind heute weht:
Unsere s ä m t l i c h e n Rechte sind in Gefahr,
Das ist es, worum es geht!

Da brauchen zum Kampfe wir jeden Mann.
Da darf keiner mehr abseits gehn!
Nur wenn wir einig sind, aber nur dann,
Werden den Kampf wir bestehn!

Fachgewerkschulen, die teils zu wenig in der Praxis verwurzelt waren. Nur so konnte es geschehen, daß die Inflation des Ornaments einen derartigen Umfang annahm.

Heute fällt man nun zum Teil in das entgegengesetzte Extrem und verurteilt jede Ornamentanbringung. Das scheint mir aber auch nicht das Richtige zu sein, denn das Malergewerbe kann ohne schmückende Malerei m. E. nicht auskommen. Dabei sehe ich allerdings voraus, daß Kräfte vorhanden sind, die über die Fähigkeiten verfügen, etwas Gediegenes zu leisten. Das ist bei den gegenwärtigen Verhältnissen, nachdem in der Praxis fast nur noch einfacher Anstrich in Frage kommt, nicht in allen Orten der Fall. Auch jetzt noch nicht, trotzdem der Schreiber des Artikels in Nr. 44 des „Maler“ darauf hinweist, daß es in bezug auf gut vorgebildete, befähigte Gehilfen seit etwa 1925 bedeutend besser geworden ist. Unbestritten hat sich die Mehrzahl der Berufsschulen in der Nachkriegszeit große Mühe gegeben, um die Schüler für die Praxis auszubilden und zu schulen, aber das Wesentliche ist doch, daß dem Jungen nun auch die Möglichkeit gegeben wird, das Gelernte praktisch zu verwerten, denn erst dabei wird er sich so vervollkommen können, daß er allen Anforderungen gewachsen ist. Leider fehlt's in der Beziehung trübe aus, zum mindesten in den Orten und Gegenden, die ich kenne. Ich habe mir aber sagen lassen, daß es auch woanders nicht besser ist.

Das Zurückdrängen der Ornamentmalerei ist teils mit auf die Architekten zurückzuführen, von denen einige ganz modern sein wollende jedes Ornament ganz ablehnen. Es muß also unsere Aufgabe sein, die Architekten und die Auftraggeber von der Unrichtigkeit ihrer Stellung zum Ornament und davon zu überzeugen, daß im Malergewerbe genügend künstlerisch sein empfindende und fachlich und technisch gut vorgebildete Kräfte vorhanden sind, um wertvolle Malereien entstehen zu lassen. Aus hygienischen Gründen braucht die Anbringung von Ornamenten nicht zu unterbleiben, im Gegenteil wird die Fläche, wenn eine Malerei angebracht werden soll, meistens gründlicher behandelt, als wenn nur ein einfacher Anstrich vorgegeben ist. Wenn die Vorarbeiten, Schleifen, Schachteln usw. gut ausgeführt sind, läßt sich die Fläche, auch wenn sie bemalt wurde, um so besser säubern.

Ich bejahe also die Frage, ob noch heute Ornamente gemalt werden sollen; bin aber der Meinung, daß es erforderlich ist, dafür die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, indem der Sinn für Schmuckmalerei bei den Auftraggebern und Architekten wieder mehr geweckt wird und außerdem der Nachwuchs eine Ausbildung erfährt, die ihn befähigt, hochwertiges Ornament

an den dafür geeigneten Stellen, d. h. wo es sich organisch in das Ganze einfügt, anzubringen. So betrachtet, werden aber zur Zeit leider nicht alle Lehrlinge die erforderliche Ausbildung erhalten. Selveros.

Gus d. Verbandsleben

Hamburg. Der Jungmalerverein. Die Hamburger Maler- und Lackierer-Innung machte seit einiger Zeit Anstrengungen, um eine Organisation der „Jungmaler“ ins Leben zu rufen. Die Gründungsverammlung fand am 28. Oktober d. J. im Gewerbehause, unter Aufsicht des Innungsvorstandes, statt. Etwa zwanzig junge Maler, darunter einige Meistersöhne, waren erschienen. Nach einem einleitenden Vortrag des Malermeisters Herrn S c h l ü t e r und anschließender Aussprache, in der auch gegenteilige Meinungen zum Ausdruck kamen, wurde die Neugründung mit Mehrheit beschlossen und ein geschäftsführender Ausschuß gewählt. Die Vertreter der Innung sicherten, unbeschadet der selbständigen Geschäftsführung der Jungmaler, die ideelle und materielle Unterstützung und Mitwirkung der Innung an dem weiteren Aufbau der neuen Organisation zu. Soweit der geschäftliche Vorgang.

Was will oder was soll nach Meinung der Innung der Jungmalerverein bezwecken? Welches Ziel ist ihm gesteckt? Als erstes will die Innung vom 4. bis 20. Januar 1933 eine Ausstellung im Gewerbehause veranstalten, zu der die Jungmaler aufgefordert werden. Spitzenleistungen ihres Könnens einzuliefern. Man hofft, weite Kreise der hamburgischen Bevölkerung, insbesondere auch durch Zurschaufstellung von Arbeiten junger Kollegen, anzuregen, Aufträge zu erteilen und somit einen Schritt zur Hebung des Handwerks und zur Arbeitsbeschaffung tun zu können.

Dagegen kann niemand, am wenigsten die Gehilfenschaft, etwas einwenden, wenn wir auch den Erfolg in gegenwärtiger Zeit sehr bezweifeln. Aber dem Jungmalerverein sind weitere Ziele gesteckt, und diese sind der kritischen Würdigung wert.

Die Freunde der neuen Bewegung sind sich darin einig, zunächst die „jungen“ Maler heranzuziehen, doch sollen die „alten“ nicht ausgeschlossen sein, inwiefern ja die Jungen auch älter und schließlich alt werden. Zutritt sollen also auch solche Maler haben, die geistig jung geblieben sind. Da Hamburg für Norddeutschland der Wirtschaftszentrum und Bildungsmittelpunkt ist, so soll nach Hoffnung der Daten von hier aus der Jungmalerbund seinen Siegeszug über die weiteren Gebiete der norddeutschen Heimat antreten.

Der Gründungsversammlung lagen umfangreiche Richtlinien vor, nach denen man die Wirksamkeit des Bundes gestalten gedenkt: Obenan stehen der „Arbeitsgemeinschaftsgedanke“ und die „Gemeinschaftsarbeit“. Von dieser Plattform aus will man versuchen, die handwerklich-künstlerische Tätigkeit in allen Schichten der Bevölkerung und die geschmackliche Bildung bei der Ausstattung der „deutschen Heimat“ innerhalb und außerhalb der Wohnungen zu fördern und Geltung zu verschaffen. Zunächst natürlich bei den Jungmalern selbst. Also Förderung der eigenen Ausbildung, dann Leistung guter, schmückender Arbeiten und dadurch Mehrarbeit für das Maler- und Lackierergewerbe. Das ist die Grundidee, die man dem Neugeborenen mit in die Wiege gelegt hat. Soweit gut. Mehr Arbeit ist unser aller Wunsch. Herr Schlüter hat auch durchaus recht darin, daß gute Schmuckmalereien mehr arbeitsschöpfend wirken als Steuerzettel. Aber dem Jungmalerbund wird es schwerlich gelingen, in absehbarer Zeit diesem Ziel einigermaßen näherzukommen. Die geschmackliche Bildung und die materielle Ausstattung der „deutschen Heimat“ wie man so schön sagt, ist abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung, die den Menschen und das menschliche Dasein beeinflusst. Die geschmackliche Bildung als Voraussetzung für mehr Arbeitsgelegenheit im Malergewerbe, ist künstlich und unabhängig von der materiellen Wirtschaftsentwicklung nicht zu erzielen und hängt auch noch von weiteren Faktoren ab.

Aber die Richtlinien des Jungmalerbundes sagen mehr, und das scheint besonders beachtenswert; z. B.:

Schutz der Mitglieder durch gemeinsame Rechtsbeihilfe und Unterhaltung einer Einziehungsstelle.

Erichtung einer gemeinsamen Geschäftsstelle. Die Kosten sollen gedeckt werden durch Beiträge und Abgabe eines Hunderttages von den ausgeführten Arbeiten.

Der Bund übernimmt die Arbeiten und haftet für deren Güte.

Der Bund zieht die Gelder ein und gibt sie an die Mitglieder weiter.

Der Geschäftsvorgang ist wie folgt gedacht:

Der Bund stellt allgemeine Richtpreise auf, die Meisterhaft fordert entsprechende Kräfte an; die Arbeit wird zur Zufriedenheit erledigt; der Bund schickt die Rechnung — die sofort bezahlt wird —! Zieht den Hunderttag ab und zahlt an den Jungmalern.

Außerdem will der Jungmalerbund auch ein Leistungsverzeichnis über das Können seiner Mitglieder und über die Tätigkeit des Bundes aufstellen und zum Zwecke der Arbeitsverteilung versenden.

Klar und logisch ist der Gedankengang dieser Richtlinien nicht, mit denen der Bund geleitet werden soll. Man beachte: Der Bund wirbt Arbeit, setzt Preise fest und führt die Arbeit für eigene Rechnung aus, will aber auch den übernehmenden Malermeister nicht ausschalten, sondern diesem vielmehr dienlich sein, indem ihm die entsprechenden Arbeitskräfte vermittelt werden sollen. Die einzelnen Mitglieder des Bundes werden also zu einem Teil Selbständige, zum andern Teil Arbeitnehmer sein. Ein solches Verhältnis wird sich nach allen Erfahrungen auf die Dauer kaum ermöglichen lassen.

Wird daher der Jungmalerbund entwicklungsfähig sein und will er seine Richtlinien, die ihm mit auf den Weg gegeben sind, sinngemäß durchführen, dann kann sein Weg, unter Weglassung aller nicht zu verwirk-

schenden Utopien nur zum Großbetrieb mit genossenschaftlicher Tendenz führen. Das wäre eine Entwicklung, die sich für unser mit Kleinmeistern überfülltes Gewerbe günstig auswirken würde.

Wenn auch die Väter der Jungmalerbewegung in Hamburg wahrscheinlich andere Wege zu gehen gedenken und abweichende Ziele verfolgen, wie die Gründer der Junghandwerkerbewegung in andern Orten, so werden wir diesem neuen Gebilde doch unsere ganze Aufmerksamkeit widmen müssen.

Es wurde schon im „Maler“ wiederholt auf die „gelben Tendenzen“, die in dem Junghandwerkerbund vorherrschen, hingewiesen, und auch auf die Tatsache, daß die geistigen Urheber sie als Sturmblöck gegen die Gewerkschaften benutzen möchten. Das ist aber Grund genug für uns, diesen Bestrebungen mit dem größten Mißtrauen zu begegnen.

gegenüber alle andern Wanderziele — ausgenommen Asien und Australien für die Engländer — völlig in den Hintergrund treten.

Vom Ausland

Vorstandssitzung des IGB.

Am 17. und 18. November tagte in Berlin die Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Wenn das Ergebnis der im Januar 1933 in Genf stattfindenden vorbereitenden technischen Konferenz des Internationalen Arbeitsamts vorliegt, soll zur Förderung der Bestrebungen zugunsten der 40-Stunden-Woche sowie anderer Massnahmen im Kampf gegen Krise und Arbeitslosigkeit bereits im kommenden Frühjahr der Ausschuss des IGB. zu einer Tagung zusammenberufen werden, wozu auch die Internationalen Berufssekretariate einzuladen sind.

Als Termin für den in Brüssel einberufenen VI. Ordentlichen Internationalen Gewerkschaftskongress bestimmte der Vorstand den 30. Juli bis 3. August 1933. Im Dezember wird ein Expertenausschuss zur weiteren Besprechung und Formulierung der Forderungen der Arbeiterklasse zum Umbau der Wirtschaft einberufen werden. Ferner ist eine Besprechung des Entwurfs in der gemeinsamen Wirtschaftskommission des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale vorgesehen. — Da noch nicht von allen Landeszentralen eine Antwort auf die Umfrage, betreffend die Schaffung einer selbständigen Arbeiterbildungs-Internationale, eingegangen ist, wurde diese Frage zurückgestellt.

Weiter erhob der Vorstand des IGB. scharfen Protest gegen die angebliche „Amnestie“ in Italien. Die hierzu eingebrachte Resolution hat folgenden Wortlaut:

Lehrlinge und jugendliche Arbeiter

gehören in die Gewerkschaft. Das ist nicht überall selbstverständlich. Gewerkschaftskollegen! Sorgt deshalb für die Organisation des Jungvolks. Seid ihm Helfer und Berater. Lehrlinge von heute sind Facharbeiter von morgen. Die jetzt heranwachsende junge Generation wird künftig die Kernstuppe der Organisation sein müssen. Überall werde darum zur Regel: Die junge Generation ist zu organisieren; sie ist für die gewerkschaftlichen Ziele zu gewinnen, und sie ist zu schulen für den Kampf um den Sozialismus.

„Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes warnt die internationale Arbeiterschaft vor der traurigen Komödie, die soden in Italien als Hohn auf die Gedanken- und Redefreiheit aufgeführt worden ist.“

Die von der Regierung Mussolinis angeordnete scheinbare Amnestie kann niemand täuschen. Die Gegner des faschistischen Regimes, das heisst alle Demokraten, Sozialisten und Gewerkschafter, alle Revolutionäre, die in tatkräftiger Weise gegen die Diktatur auftraten, bleiben auch weiterhin im Gefängnis.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes erhebt gegen die Parole einer Amnestie, die nur den strafrechtlich Verurteilten zugute kommt und im übrigen eine noch rücksichtslosere Vergewaltigung der Meinungsfreiheit ermöglicht, Anklage und überantwortet sie der Verachtung der Öffentlichkeit.“

Fachtechnisches

Patentschau, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Auskünfte bereitwilligst.

Angemeldete Patente.

Rl. 75 a. N. 117 181. Mechanische Kohlstreichvorrichtung. Mannesmannröhren-Werke, Düsseldorf, Berger Straße 15.

Rl. 75 a. G. 99 127. Einrichtung zur Herstellung von Prägewalzen für Linienrastrfilme, Siemens & Halske Akt.-Ges., Berlin-Siemensstadt.

Rl. 75 a. R. 122 576. Rührvorrichtung für Lacke und ähnliche Stoffe. Hans Rottloff, Köln-Marienburg, Bayenthalgürtel 29.

Erteiltes Patent.

Rl. 75 c. 565 875. Zeichenblätter oder Gegenstände aus Papier, Karton, Holz oder dergleichen zur Erleichterung der Herstellung von Rosett- und Ornamentzeichnungen. Elisabeth Kirchner, Pischwitz i. Sa.

Zahlliteratur

Nr. 12 der „Malerjugend“.

Nicht die schlechteste Jugend ist es, die Sehnsucht nach der Bekanntschaft fremder Länder hat. Es ist deshalb ein guter Brauch, daß Kollege Baz zuweilen in der „Malerjugend“ über seine Eindrücke und Erfahrungen auf Auslandsreisen, die er als Sekretär der Maler-Internationale unternimmt, berichtet. In der vorliegenden neuen Nummer ist Spanien, wo Kollege Baz am 17. spanischen Gewerkschaftskongress teilnahm, an der Reihe. Die jungen Leser erfahren hier das Interessanteste und Wichtigste über Landschaft und Leute, Städte und Bräuche, soziale Verhältnisse und die Arbeiterbewegung. Auch über den

Kongress erfahren sie einiges. Zur Veranschaulichung tragen die vier beigegebenen Photos bei.

Es versteht sich, daß ein Bericht über die Beiratstagung vom November enthalten ist — etwas länger als sonst, weil auf dieser Tagung die Jugendfrage eine nicht unwesentliche Behandlung fand. Ein schönes Sonnenwendgedicht ist enthalten. Wie stets üblich, nimmt die fachliche Bildung einen breiten Raum ein; einer der fachlichen Artikel bringt eine Anzahl erläuternder Zeichnungen. Recht ertrag- und ausschlusreich ist die Besprechung der drei beiliegenden farbigen Tafeln. Diese selbst sind einer guten Aufnahme sicher; es sind dies ein Wohnzimmer-Entwurf, eine Tafel mit Entwürfen für die Warenhausdekoration und eine Tafel mit Möbeldekorationen. Im Textteil befindet sich dazu ein Kisse, das Wandbelegungen zeigt.

Die Häufung von Berufsunfällen von Lehrlingen in der letzten Zeit gab Anlaß, wieder einmal auf den Bauarbeiterzuschuß hinzuweisen. Den Beschluß machen das Werberpreisauschreiben und Buchbesprechungen. Aufgabe der Kollegenschaft ist es, dafür zu sorgen, daß die „Malerjugend“ recht großen Teilen der Jugend unseres Berufs zu deren Vorteil bekannt wird. Werbeexemplare stellen die Filialen zur Verfügung.

Literarisches

„Zwei Rumpel.“ Erzählung aus den sozialen Kämpfen im Ruhrrevier von Georg Werner. 240 Seiten, in Ganzleinen 2,70 M. Verlag: „Die Knappschaff“, Berlin-Steglitz, Flemmingstraße 13. Vor nunmehr vielleicht anderthalb bis zwei Jahren trat Georg Werner mit seinem Buche „Ein Rumpel“ an die Öffentlichkeit, das damals allgemein eine sehr gute Aufnahme fand. Unzweifelhaft wird auch seine neue Erzählung, die als Fortsetzung der ersten gedacht ist, aber auch gut für sich allein gelesen werden kann, alle Leser in Spannung halten. Werner erzählt in diesem Buche in äußerst interessanter Weise von der Gründung des Steigerverbandes und seinen Erlebnissen als dessen Führer. Sein Kampf gegen das Stinnes-System, die schlechte Behandlung und Antreiberei brachte ihn in scharfe Konflikte mit den Bergbauverwaltungen. Auch die Charakterisierung der ihm näher befreundeten Persönlichkeiten, vor allem Otto Hue, geschieht in unterhaltender, vornehmer Form. Im letzten Teil seines Buches schildert Werner seine Erlebnisse im Kriege; zuerst an der Westfront, später, nachdem er nur noch für den Garnisondienst in Frage kam, in der Heimat. Immer hat der Leser das Gefühl, daß hier ein Mann von absoluter Ehrlichkeit gegen sich selbst berichtet.

Upton Sinclair: „Briefe an einen Arbeiter“ mit 20 Zeichnungen von Bill Hebbel, 189 Seiten, in Leinen gebunden. Organisationsausgabe der Verlags-Gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin SW 19, Inselstraße 6a. 2,50 M. statt 3,00 M. In Form von Briefen an einen alten Arbeiter schildert Sinclair in einfacher, ungemünzter Weise jede Art der Ausbeutung durch den modernen Kapitalismus. Das Buch gibt eine Fülle von interessanten Tatsachen und Einzelheiten aus dem Leben mit sprühendem Witz, beiseitem Sport in humorvoller Darstellung. Glühende Menschenliebe machen das Werk zu einer ansehnlichen und spannenden Lektüre für den Arbeiter. Der von der Verlags-Gesellschaft des ADGB. glänzend ausgestatteten bilinguen Organisationsausgabe ist weiteste Verbreitung zu wünschen.

„Neue Blätter für den Sozialismus.“ Beilage für geistige und politische Gestaltung. 11. Heft. Verlag Alfred Bratte, Potsdam. Die sozialistische Bewegung in Deutschland ist eine lebendige Bewegung. Wenn einmal dogmatische und organisatorische Versteifung eintreten wollte, dann gab es immer wieder vorlebende und aktivierende Kräfte. Der jüngsten Beweis lieferten das Werden und die Kämpfe der Eisenfront. Ein geistiges Bewusstsein für diese Dinge sind die im dritten Jahr erscheinenden „Neuen Blätter für den Sozialismus“ im Verlag Alf. Bratte, Potsdam, herausgegeben von Eduard Sellmann, August Rathmann und Paul Lillig. Ihre Gründung war notwendig und erhellend, wie jedes neue Heft beweist. Der Sozialismus ist in einem Stadium, daß er längst nicht mehr durch eine partiellwissenschaftliche Zeitschrift, durch die theoretische Zeitschrift der Gewerkschaften und eine Zeitschrift des Revisionismus allein geistig vertreten werden kann. Um die „Neuen Blätter“ scharen sich die hoffnungsvollsten und jungen Kräfte des Sozialismus; sie sind aktivistisch, im besten Sinne revolutionär und aufgeschlossen — sind dabei im Einklang mit den Erkenntnissen und Erfordernissen der Gegenwart und nächsten Zukunft. Sie seien unsern Mitgliefern bestens empfohlen; vor allem den jüngeren, denen sie das sein werden, was sie sind, und den Funktionären. Der Bezugspreis beträgt pro Quartal 2,45 M.

Im vorliegenden neuen Heft bringen Professor Hermann Keller, der Anwalt der preussischen sozialdemokratischen Fraktion im Prozeß vor dem Staatsgerichtshof, und Hans Simon, der vom Papen-Bracht-Regime seines Amtes enthobene Regierungspräsident von Steinitz, wertvolle Gedanken zur deutschen Verfassungsreform. Carl Landauer schreibt über „Waben und die Konjunktur“. Neben den beachtlichen andern Beiträgen sei noch eine nachdenkliche Bücherbesprechung: Kritik der Novemberrevolution, genannt.

Selbstverwaltung, Aufsicht und Wahlen in der Sozialversicherung. Von F. Orsk. Geschäftsführer des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, Berlin. Heft 26 der Fortbildungsschriften für Anestellte in der Sozialversicherung. Verlag: Zentralverband der Angestellten, Berlin W 57, Potsdamer Straße 75. 1932. Preis für AdM-Mitglieder 50 Pf., im Buchhandel 1 M. Diese Schrift aus fachkundiger Quelle sollte jeder Mitarbeiter auf dem Gebiete der Sozialversicherung erwerben.

Vom 4. Dez. bis 10. Dez. ist die 49. Beitragswoche. Vom 11. Dez. bis 17. Dez. ist die 50. Beitragswoche.

Sterbetafel

Berlin. Am 25. November starb der Kollege Karl Dipper, geboren 16. Dezember 1865 in Dombrowken.

Chemnitz. Am 17. November 1932 starb plötzlich unser langjähriges Mitglied, der Kollege Richard Neubert, an Gehirnschlag.

Frankfurt a. M. Nach längerem Leiden verstarb am 28. November im Alter von 62 Jahren unser Kollege Peter Gasser.

Hannover (Alfeld a. d. Leine). Am 27. November starb unser lieber Kollege Ernst Sille im 67. Lebensjahre.

Mainz. Infolge eines Herzschlages verstarb am 26. November 1932 unser treuer Kollege Hermann Seng, Bischofsheim, im Alter von 26 Jahren.

Wiesbaden. (Zahlstelle Sonnenberg.) Am 18. November 1932 starb unser langjähriges treues Mitglied, der Kollege Karl Becht, im Alter von 48 Jahren infolge Magenkrebs.

Ehre ihrem Andenken!